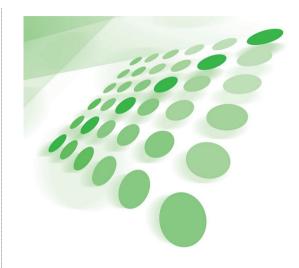
Historischer Überblick über die Entwicklung des G-BA





Historie

1883	Einführung der gesetzlichen Krankenkassen Keine gesetzliche Regelung der Beziehung Kassen und Ärzte Konflikte und Streiks
1913	Einrichtung eines Zentralausschuss für Verhandlungen zwischen Kassen und Ärzten ("Berliner Abkommen")
1923	Einsetzung des Reichsausschuss für Ärzte und Krankenkassen (RVO) mit rechtlich bindender Regelungskompetenz für Vertrags- und Zulassungsfragen
1931	Abwendung einer Verstaatlichung des ärztlichen Standes Erneute Notverordnung mit Übertragung weiterer Kompetenzen an Reichsausschuss Ärzte erhalten Sicherstellungsauftrag
1933	Übernahme durch Reichsarbeitsminister Strukturen bleiben erhalten
1955	Wiederherstellung des Kassenarztrechts
1956	Gründung Bundesausschuss Ärzte / Krankenkassen Hauptaufgabe: "Binnenregelung" des Kassenarztrechts



Gesundheitsreformen und Bundesausschuss

1988	Gesundheitsreformgesetz – 1. Schritt "Vorfahrt für die Selbstverwaltung"
	d.h. zunehmende Beauftragung mit Definition der ärztlichen Leistungen zu Lasten der GKV
1992	Gesundheitsreformgesetz – 2. Schritt
1996	Krankenversicherungs-Beitragsentlastungsgesetz
1997	1. & 2. GKV-Neuordnungsgesetz (GKV-NOG)
	Bewertung von neuen & bestehenden Leistungen des GKV Leistungskatalogs Befugnis zum Ein- / Ausschluss neuer + etablierter Methoden

Bewertungskriterien:

- diagnostischer / therapeutischer Nutzen
- medizinische Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit
- im Vgl. zu bereits eingeschlossenen Methoden
- nach dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse



Gesundheitsreformen und Bundesausschuss

1998 Gesetz zur Stärkung der Solidarität in der GKV

1999 GKV-Gesundheitsreformgesetz 2000

Errichtung weiterer Bundesausschüsse

Ausschuss Krankenhaus:

Bewertung von Krankenhausleistungen

Koordinierungsausschuss:

DMP-Programme

Kriterien für Über-, Unter- und Fehlversorgung

2003 Gesundheitssystem-Modernisierungsgesetz (GMG)

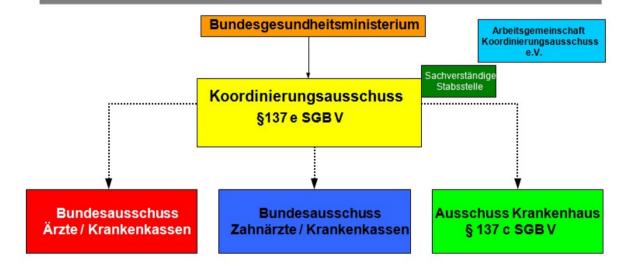
Gründung des **Gemeinsamen Bundesausschusses** (GBA)

Übernahme der Aufgaben aller Vorgängerausschüsse

Übertragung weiterer, neuer Kompetenzen



"alte" Gremien vor GMG 2003





Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen

Nach § 92 SGB V hat der Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen u.a. die Aufgabe, die zur Sicherung einer ausreichenden, zweckmäßigen und wirtschaftlichen Versorgung der Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung erforderlichen Richtlinien zu beschließen. Diese Richtlinien sind als Bestandteil der Bundesmantelverträge bindend und in der vertragsärztlichen Versorgung zu beachten. Das Gesetz sieht in § 91 SGB V neben der Bildung des Bundesausschusses für Ärzte und Krankenkassen auch die Bildung eines Bundesausschusses der Zahnärzte und Krankenkassen vor.





GBA 2004 (GMG 2003)

"Die Vorsitzenden" - Konfliktlösung im GBA -



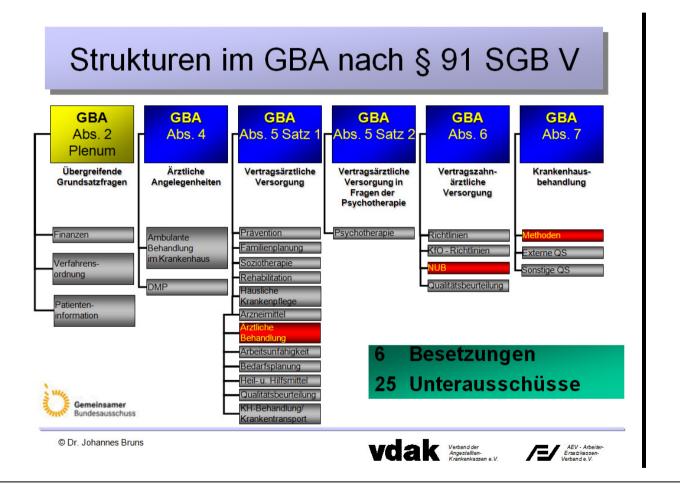
© Dr. Johannes Bruns





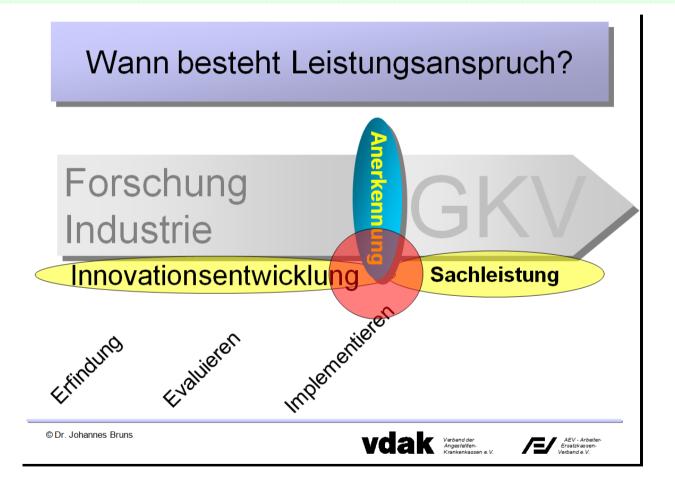


GBA 2004



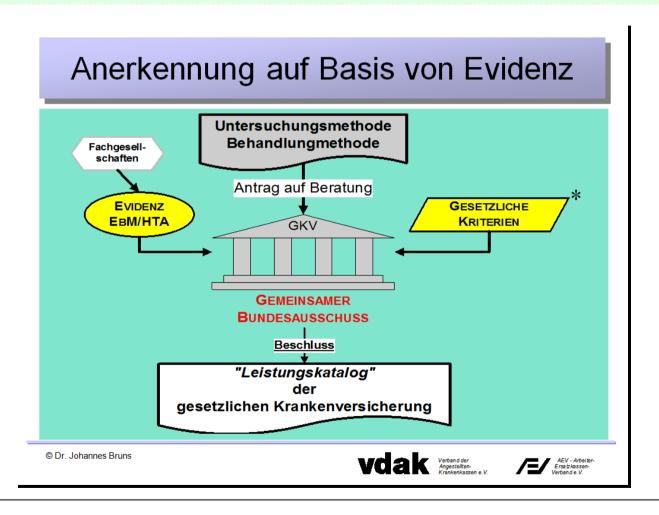


Standard?



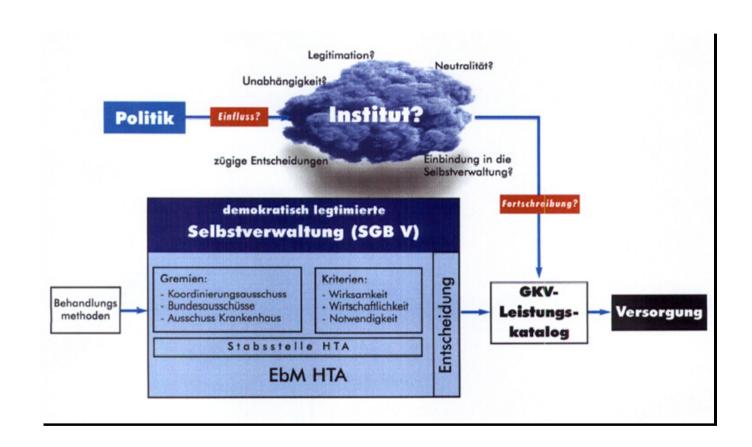


GBA 2004





IQWIG 2004



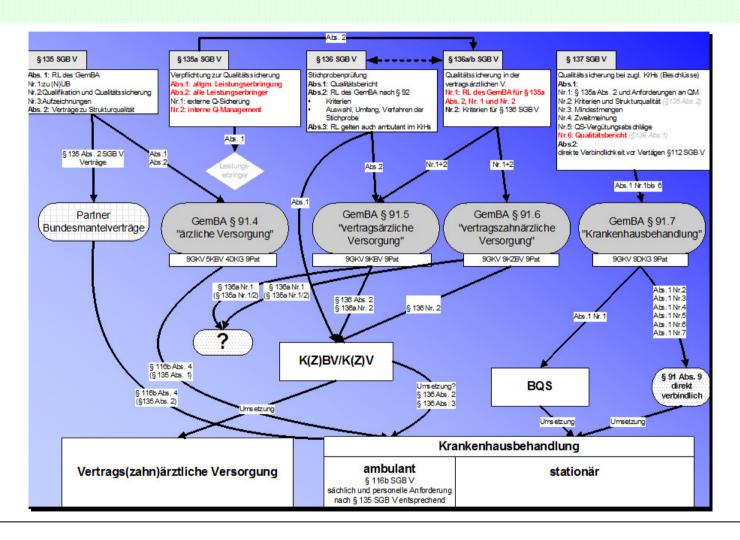


Anbindung an den Gemeinsamen Bundesausschuss





Richtlinien 2004





Richtlinien 2004





2004

Fazit

- Evidenzbasierung als nicht zu relativierendes Grundprinzip
- Rationale Entscheidungsfindung unverzichtbar für:
 - Rechtssicherheit der Beschlüsse und
 - Steuerung des Leistungskataloges
- Mißstand und Defizit in der Studienlandschaft offensichtlich
- Chance für Forschung und Wissenschaft zur Mitgestaltung











Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



